

Für mehr Bürgerbeteiligung - gegen Politikverdrossenheit

Vor kurzem berichtete die BZ in einem Interview mit dem neuen Landtagspräsidenten Klenk, CDU, dass er in seiner Amtszeit die Politikverdrossenheit zum Thema machen will und den Politikern dabei eine Bringschuld zuordnet¹. Kurz zuvor hatte die grün-rote Landesregierung eine Absenkung des Quorums sowohl für Bürgerbegehren als auch für Bürgerentscheide beschlossen, so dass Bürger sich leichter an politischen Entscheidungen beteiligen können. Freiburg Lebenswert, das u.a. aus dem Forum für Bürgerinitiativen hervorgegangen ist, begrüßt diese politische Richtung hin zur Erleichterung der Bürgerbeteiligung ganz entschieden, im Gegensatz zu OB Salomon.

Dieser hatte sich in einem Interview abwertend über Bürgerinitiativen geäußert: sie seien „alt, häufig verbittert und oft böse“². Deshalb ist er gegen die Absenkung des Quorums und stellt sich damit gegen die Landesregierung. Der Freiburger OB räumt zwar ein, dass man ohne **Bürgerbeteiligung** in unseren Städten nicht weiterkommt, lobt damit aber in erster Linie die ehrenamtlich Tätigen, die kostenloses Engagement oft dort einbringen, wo der Stadt die finanziellen Mittel fehlen. Anders betrachtet er die politisch Engagierten, die in **Bürgerinitiativen** gerne ihren Sachverstand und ihr Engagement auf den Gebieten einbringen wollen, auf denen die Stadtverwaltung tätig (oder untätig) ist. Ihnen gegenüber nimmt OB Salomon eine ablehnende Haltung ein. Offenbar sind ihm politisch engagierte Bürger zu unbequem, wenn sie glauben, etwas möglicherweise besser zu durchschauen und daher eventuell die Abläufe der Verwaltung stören, statt deren Arbeit anzuerkennen und dankbar zu sein. Für sich selbst nimmt er zudem selbstverständlich in Anspruch, zu wissen, was gut ist für „seine“³ Stadt, für die er die Verantwortung trägt.

FL erkennt in dieser paternalistischen Haltung einen längst überholten Politikstil von vorgestern, den immer mehr aufgeweckte Demokraten heute nicht mehr tolerieren wollen.

In einem Interview im SWR⁴ glaubt Salomon, bei Bürgerentscheiden außerdem die Gefahr erkennen zu müssen, dass eine Minderheit über die Mehrheit bestimmen könne und der Gemeinderat dadurch heimlich entmachtet werde. Der politisch interessierte und informierte Bürger fragt sich, wie stichhaltig diese Sorge ist angesichts der bekannten Tatsache, dass viele Bürgermeister und Gemeinderäte mit Wahlbeteiligungen weit unter 50% ins Amt gewählt werden und somit auch nur eine Minderheit der Bürger hinter sich haben. Bei der aktuell und überall diagnostizierten Politikverdrossenheit ist bekanntlich inzwischen die Gruppe der Nichtwähler oft zur stärksten „Partei“, d.h. zur Mehrheit geworden. Eine weiter abnehmende Wahlbeteiligung ist die zentrale Schwäche der repräsentativen Demokratie und Ausdruck einer allgemeinen Verdrossenheit. Hierbei von Politikverdrossenheit zu sprechen, ist allerdings nicht richtig, wo doch das Engagement in Bürgerinitiativen tendenziell stärker wird.

Interessanterweise zeigt das Beispiel in der Schweiz, die jedes Jahr mehrere Bürgerentscheide hat, dass zwar die Wahlen selbst und auch jeder einzelne Bürgerentscheid

¹ <http://www.badische-zeitung.de/suedwest-1/landtagspraesident-wilfried-klenk-ueber-frauen-und-politik--101040186.html>

² <http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/gruende-gegen-direkte-demokratie-auf-kommunaler-ebene-13432408.html>

³ Siehe SWR-Interview

⁴ <http://www.swr.de/zur-sache-baden-wuerttemberg/mensch-salomon/-/id=3477354/did=15151312/nid=3477354/1xsdf9g/index.html>

eine ebenso geringe Wahlbeteiligung aufweisen wie hierzulande, dass andererseits durch die diversen Bürgerentscheide insgesamt eine stattliche Mehrheit der Bürger an der politischen Willensbildung beteiligt ist. Dieses Ergebnis widerlegt die Befürchtungen von Herrn Salomon!

Im kommunalen Bereich sind die etablierten Parteien längst keine hinreichend erfolgreiche oder geeignete Form der politischen Willensbildung mehr. Die interessierten Bürger wollen sich direkt einmischen, nicht über ein „Beziehungsgeflecht“ der Parteien. Im Rahmen der repräsentativen Demokratie gründen sie Wählervereinigungen und werden zunehmend zu ernsthaften Mitspielern in den kommunalpolitischen Gremien. In vielen deutschen Städten gibt es zudem inzwischen auch etablierte und erprobte direktdemokratische Wege, wie Bürger stärker an den Entscheidungen der Kommune beteiligt werden können. Wir haben in Baden-Württemberg das fortschrittliche Beispiel in Heidelberg. Die Bürgerbeteiligungsverfahren, die bisher in Freiburg stattgefunden haben, waren noch nicht zufriedenstellend. Sie waren interessengeleitet und manipulativ⁵, sie waren Veranstaltungen für einen Informationsfluss von oben nach unten statt umgekehrt. Sie waren keine echten Beteiligungsverfahren und sie haben Transparenz mehr vorgegaukelt als gewährt. Gut gemachte, echte Bürgerbeteiligungsverfahren hingegen lassen erst gar keine Gräben entstehen, können die Diskussion versachlichen und bringen auch für die Stadtverwaltung einen Mehrwert (siehe die Diskussionen über open government). Diese Verfahren sind unbedingt zu begrüßen.

Wir können daraus nur folgern: Bürgerinitiativen sind im politischen Leben einer Kommune notwendig wie das Salz in der Suppe. Die Verfahren, sie in die politische Willensbildung einzubinden, sind Bürgerbegehren und Bürgerentscheid. Wir von FL wünschen uns mehr davon und werden uns weiterhin aktiv dafür einsetzen.

Monika Friedemann
05. 02. 2015

⁵ So wurden Aussagen zu Klima und Verkehr z. B. allein auf der Grundlage von vorläufigen Annahmen getroffen, also noch bevor die Gutachten wirklich vorlagen.